

Die Macht der neuen Öffentlichkeit

Die Konstitution neuer Öffentlichkeiten zwischen Internet und Straße,

aus: vorgänge Nr. 192, Heft 4/2010, S. 4-15

„Die unter den Bedingungen des Sozialstaates fungierende Öffentlichkeit [hat] sich als ein Prozess der Selbsterzeugung zu begreifen; sie muss sich schrittweise in Konkurrenz mit jener anderen Tendenz erst einrichten, die in einer immens erweiterten Sphäre der Öffentlichkeit das Prinzip der Öffentlichkeit, gegen sich selbst gewendet, in seiner kritischen Wirksamkeit reduziert.“ (Habermas 1990 [1962]: 337)

I. Einleitung

Was Jürgen Habermas in seinem vieldiskutierten, den Begriff der Öffentlichkeit für die heutige Gegenwart mitprägenden „Strukturwandel“ (1962) hier zusammenfasst, deutet bereits auf den Umstand hin, dass wir es in der modernen Gesellschaft niemals mit nur einer Öffentlichkeit zu tun haben, sondern mit mehreren.[1] Dieses Ringen um Aufmerksamkeit und Vorherrschaft, mit unterschiedlichen Aussichten auf Erfolg und oftmals ungleich verteilten Möglichkeiten, ist auch der Ausgangspunkt unserer folgenden Betrachtungen, in denen wir unter anderem die medientechnologischen und kulturellen Rahmenbedingungen dieses stets fluiden Kommunikationsprozesses beleuchten. Die in modernen Gesellschaften zunehmend wahrnehmbare Differenz zwischen einer *betreuten* Öffentlichkeit und einer *neuen* Öffentlichkeit verschiebt sich, so unsere These, zu Gunsten letzterer.

Während man die Frage der Öffentlichkeit in komplexen, modernen Gesellschaften niemals von der technischen Medieninfrastruktur und ihrer Entwicklung entkoppeln kann, stellt sich heute verstärkt die Frage nach den Modi der zivilgesellschaftlichen Zusammenkunft und Debatte. Den Umstand, dass in der Habermas'schen Öffentlichkeitstheorie nicht der wie auch immer vorgeformte politische Wille des Individuums die kleinste Einheit darstellt, sondern dass dieser aus der Deliberation aller erst hervorgeht - mit all den Einschränkungen die dem individuellen Willen dadurch auferlegt sind - , lässt also den (zivilgesellschaftlichen) Diskurs selbst als Basis der Debatte erscheinen: „Deshalb eignet sich ‚politische Öffentlichkeit‘ als Inbegriff derjenigen Kommunikationsbedingungen, unter denen eine diskursive Meinungs- und Willensbildung eines Publikums von Staatsbürgern zustande kommen kann, zum Grundbegriff einer normativ angelegten Demokratietheorie.“ (Habermas 1990: 38) Akzeptiert man diesen Ausgangspunkt fürs Erste, dann lassen sich unter dem Eindruck zeitgenössischer Veränderungen der techno-ökonomischen Infrastruktur des Mediensystems sowie beobachtbarer soziokultureller Wandlungserscheinungen (Stehr 1994, Stehr 2001) unter anderen zwei interessante Fragen für die Analyse der zeitgenössischen Verfassung der demokratischen Herrschaft formulieren: (1) Welche Auswirkungen bringen die neuen Medien für die

räumliche, prozessuale und thematische Verfasstheit der Öffentlichkeit mit sich; und (2) welche langfristigen strukturellen und kulturellen Veränderungen lassen sich für das Verhältnis zwischen Bürger und institutionellem Überbau der modernen Gesellschaft beobachten?

II. Öffentlichkeit und Medien

Dass die fraglos gewichtigen Veränderungen der technischen Basis der heutigen Medienkommunikation zwangsläufig Auswirkungen darauf haben, welche Öffentlichkeiten sich bilden können, und wie sie sich zusammenfinden, liegt auf der Hand: wer an welchen Kommunikationen, mit *welchem Freiheitsgrad* der Appropriation und des (räsonierenden wie partizipativen) Feedbacks wie teilnimmt, schafft je unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Zusammensetzung gesellschaftlicher Diskurse. An dieser Stelle nahm die Habermas'sche Kritik einst ihren Ausgangspunkt. Diese unterliegt einer Re-Feudalisierung durch die Ausbreitung einer instrumentellen Vernunft und der umfassenden Kommerzialisierung der Medienlandschaft.

Dieser Verweis auf eine ökonomische Komponente, deren Gewicht angesichts der vielfach erschwinglichen Zugänglichkeit von durchaus hochwertigen Informationen (öffentlich-rechtlicher Rundfunk, geringe Preisdifferenz von Boulevard- und Qualitätszeitungen etc.) kann jedoch heute nicht allein entscheidend sein.[2] Kurz: eine rein ökonomische Exklusion (Komponente des Zugangs zum Diskurs) ist heute zwar weiterhin kritisch zu prüfen, stellt jedoch keineswegs das wichtigste Hindernis der gesellschaftlichen Partizipation dar. Vielmehr lassen sich auch weiterhin Struktureffekte der organisationalen Ausrichtung der Medienanstalten beobachten, die sodann gleichsam einen indirekten ökonomischen Effekt - die Fokussierung auf quantitative Maße und kommerziellen Erfolg - zeitigen. Dass dieser Umstand durch eine nachweisbare Vielfalt an publizistischen Medien - privaten und öffentlich-rechtlichen, basisdemokratischen wie thematisch-spezialisierten - zumindest zum Teil relativiert wird, mag an dem Umstand nichts ändern, in der komplexen Öffentlichkeit der „Massenmedien“ bis heute idealtypisch eher den Typus einer *betreuten Öffentlichkeit* zu sehen, eine „vermachtete Arena [...] in der mit Themen und Beiträgen nicht nur um Einfluss, sondern um eine strategische Intention, möglichst verborgene Steuerung verhaltenswirksamer Kommunikationsflüsse, gerungen wird.“ (Habermas 1990: 28). Das legt es auch nahe, die neue Öffentlichkeit eher in den neuen, dezentral und weitgehend barrierefrei zugänglichen Medien zu suchen.[3]

II.1 Das Netz zwischen Utopie und Verdammung

Trotz der in den Augen vieler Kommentatoren so bedrohlichen technologischen Entwicklung und den damit verbundenen Wandlungserscheinungen der Öffentlichkeit leben wir noch immer nicht in einer technisch-autokratischen Gesellschaft, wie sie von beiden Polen des politischen Spektrums schon herbeizitiert wurde. Doch auch die Versprechungen einer Herrschaft der deliberativ-demokratischen Vernunft im Gefolge der neuen Medien wollen sich noch immer nicht einstellen. Angesichts der utopischen Hoffnungen und der dystopischen Befürchtungen die mit jedem medientechnischen Innovationsschub wiederkehren, nimmt sich die beobachtbare Realität der räsonierenden Kommunikation weniger dramatisch aus. Einmal mehr wird deutlich, dass Technologie an sich weder positiv, noch negativ ist. Neutral, jedoch, ist sie eben auch nicht, und das gilt insbesondere für die Entwicklung im Informations- und Kommunikationsbereich. Was sich sehr wohl zu bewahrheiten scheint, ist jene Ansicht, die dem Kommunikations- und Mediensystem der spätmodernen Gesellschaft eine fair die Gesellschaft insgesamt zunehmende Zentralität zusprach.

War bereits über die langfristigen Effekte der damals neuen Medien Radio und später Fernsehen heftig

spekuliert worden, so erleben wir seit Mitte der 90er Jahre eine Neuauflage der Debatte. Bereiteten einst die zentralisierenden, gravitativen Aspekte der Medieninstitutionen zu Zeiten der Kanalknappheit manchen Theoretikern Sorge – man denke an die kritische Tradition von Benjamin über Brecht bis Enzensberger –, so ist es heute bisweilen der Verlust von (wenigen, zentralen) kommunikativen gesellschaftlichen Zentren, der beklagt wird. Der technisch-mediale Aspekt der neuen Öffentlichkeit, in den 60er und 70er Jahren noch als typische Untergrundmedien und weltanschauliche Spartenmedien der „Neuen sozialen Bewegungen“ prekär verfasst, ist heute ins Zentrum der Debatte gerückt: „Während der Ära des Vietnamkrieges brauchte es Jahre, um ein Netzwerk aus Untergrundzeitungen, alternativen Comics und kleinen Radiostationen zu formen, welche die Antikriegsproteste unterstützten. Im digitalen Zeitalter erscheinen die Aktivisten gleichsam über Nacht, bilden gewichtige Allianzen, tauschen Ideen aus und organisieren den Widerstand, wobei die wichtigste Aktivitäten aus dem Cyberspace hervorgehen.“ (Jenkins 2004: 36, Übersetzung der Verf.).

Der Grund für das stete Oszillieren zwischen immer neuen technischen Bedrohungsszenarien beziehungsweise herrschaftsfreien Utopien ist nicht zuletzt im technikzentrierten Diskurs selbst zu suchen. Denn hier werden Erfolg oder Scheitern der zeitgenössischen Demokratie in kurzsichtiger Weise an das Vorhandensein und die meist vorschnelle normative Bestimmung von technologischen Potenzialen gekoppelt. Und so sehen manche im Aufkommen der (tendenziell) dezentralen Kommunikationsnetze des Internet endlich die eigentliche und wahre kommunikative Infrastruktur des demokratischen Gemeinwesens gekommen. Diese würde - der sozialen Entwicklung der Öffentlichkeit gleichsam hinterherhinkend - nun die Demokratie endlich zu neuer Blüte und zu sich selbst bringen. In den hierarchiefreien, raumzeitlich entkoppelten und dezentralisierten neuen Sphären des Internet, in den *usenet groups* und *chat-rooms*, den *multi-user dungeons* und *discussion-boards* des globalen Dorfes namens „Cyberspace“ würden die Leute, nun, da sie könnten, vorbehaltlos zusammenkommen. Seit einiger Zeit steht eine solche Wiederkehr der technozentrischen Prophetie unter dem Schlagwort *Web 2.0* (welches uns seit Mitte der 2000er Jahre undefinierbar um die Ohren fliegt). In bester Tradition der Geschichtsvergessenheit werden viele Versprechen, die wir zuletzt Mitte der 90er Jahre hörten, heute neu formuliert. Und so stehen wir auch heute vor zwei, durch einen tiefen Graben getrennte Ansichten: hier die Angst vor totaler Überwachung (aktuelles Stichwort: Google Street-View, unsere digitalen Spuren im Netz), den moralischen Abgründen des Internetzeitalters (das Internet vornehmlich als Infrastruktur für Pornografie und Extremismus) und der umfassenden Ökonomisierung der Gesellschaft (e-commerce); dort der Glaube an die umfassende Vernetzung und das Näherrücken der Welt (global village) und eine postmoderne Allmende des Wissens (Projekt Gutenberg, Wikipedia, online giving marketplaces u.v.m.).

Keinesfalls soll diese Beobachtung als Aufforderung verstanden werden, die Hände in den Schoß zu legen und die geschichtliche Entwicklung der Öffentlichkeit irgendeinem unsichtbaren, überhistorischen Equilibrium anzugedenken. Jedes *Mehr* an demokratischer Mitbestimmung und gemeinschaftlicher Aktion will errungen und verteidigt werden; aber darum — dass nämlich die Kraft zur Veränderung vielmehr in den handelnden Bürgerinnen und Bürgern, Konsumentinnen und Konsumenten gesucht werden sollte, als in den teleologisch unterfütterten Prophetien oder den interessengeleiteten Versprechungen einer technischen Befreiung — soll es in der Folge noch gehen.

Die hier beschriebene Medienkonvergenz — das technische Zusammenwachsen bei gleichzeitiger inhaltlicher Ausdifferenzierung der Medienkommunikation — bedeutet also zunächst an sich keinen unmittelbaren Umbruch der Qualität der öffentlichen Debatte, sondern beschreibt eine neue Konfiguration, und somit ein neues Verhältnis, von Medienkanälen und -technologien, der Medienproduktion und somit -ökonomie, sowie neue Nutzungsmuster und Partizipationsmöglichkeiten auf Seiten der Medienkonsumenten (vgl. Jenkins 2004, siehe auch DiMaggio et al. 2001).

II.2 Der Verlust des kommunikativen Zentrums

Im Zusammenhang mit den folgenden Überlegungen müssen wir eine keineswegs neue, jedoch seltsam vernachlässigte Unentschiedenheit im Umgang mit dem Konzept der Öffentlichkeit thematisieren. Öffentlichkeit wird, je nach Kontext und Perspektive des Beobachters, nämlich sowohl als *Raum (public sphere)* als auch als *Verständigungsmodus (diskursiver Prozess)* verstanden. Dass dies sehr wohl zwei komplementäre Aspekte ein- und desselben Zusammenhangs sind, kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass dahingehend divergente Beobachterperspektiven unterschiedliche Ergebnisse bedingen. So wie das schiere Vorhandensein eines öffentlichen Ortes der Kommunikation noch nichts über dessen tatsächliche Nutzung aussagt, klärt uns der empirische Nachweis bestimmter Diskurse noch nicht über die Zugänglichkeit bzw. Anschlussfähigkeit solcher Deliberation auf.[4] Das ist deshalb für die gegenständliche Diskussion von Bedeutung, da zumindest die weithin sichtbare Diskussion über die demokratischen Potenziale des Internet und seiner Kommunikationsangebote zumeist unter der Prämisse des ersteren, räumlichen Verständnisses geführt wird, während die politik- und demokratiethoretische Debatte zumeist inhaltsbezogen und diskursqualifizierend verfährt. Aber auch der Idealfall - ein allen zugängliches und weithin genutztes mediales Forum zu gemeinwohlrelevanten Themen – wird nicht ohne Kontroverse debattiert (vgl. Wallner/Adolf 2011).

Cass Sunstein führt gegen das Internet und seine Multikanalkommunikation ein Dilemma ins Feld (Sunstein 2001, 2007), bei dem es sich um eine unvermeidliche Problematik der neuen Medien handelt: den Zerfall der idealtypischen gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit in viele weltanschauliche oder interessenszentrierte Mini-Öffentlichkeiten, welche sich heute frei wählend um die multiplen neuen Kommunikations- und Informationskanäle gruppieren können.

Diese gesellschaftlichen Gruppen, so Sunstein, schotten sich gegeneinander ab oder haben schlicht keine Berührungsflächen mehr. Das Salz in der Suppe des demokratischen Prozesses, so genannte „unanticipated encounters“ (Sunstein 2001) - also die Konfrontation mit Belangen, denen man sich aus eigenem Antrieb nicht zugewendet hätte - bleibt aus. Der Mechanismus der „group polarization“ (ebd.) führt zu einer selbst-perpetuierten Radikalisierung an sich bereits widerstrebender Weltansichten; einen - bislang in der modernen Gesellschaft vor allem *medial* hergestellten - Horizont gemeinsamer Erlebnisse („common experiences“) gibt es nicht mehr, da die medialen Erfahrungen der einen Gruppe von denen einer anderen gänzlich unterschieden sein können. Diese Furcht der Segmentierung (Katz 1996) bzw. Fragmentierung von Öffentlichkeiten (Sunstein 2001), die in letzterem Fall noch von der Furcht der kaskadierenden Fehlinformation - ermöglicht durch die disperse Echtzeitkommunikation der neuen Medien - unterfüttert wird, ist ein wiederkehrender Topos in der Mediensoziologie.

Schon Elihu Katz hatte - ein paar Jahre vor Sunstein und noch mit Bezug auf das rasant steigende Angebot an Fernsehkanälen - den unwiederbringlichen Verlust eines massenmedialen Zentrums für moderne Gesellschaften beklagt (1996: 25). Höchstens noch die so genannten „Mediaevents“ (Dayan/Katz 1992), also außergewöhnliche, den Alltagsrhythmus und die Routine des Medienkonsums unterbrechende Großereignisse von eminenter Bedeutung (die deutsche Wiedervereinigung, das Begräbnis von Lady Di, etc.), vermögen eine große Anzahl der Bürgerinnen und Bürger vor demselben Fernsehprogramm zu versammeln.

Dem hier beklagten Verlust traditioneller, medial „betreuter“ Öffentlichkeiten kann mit zumindest drei Kritikpunkten begegnet werden. Zunächst (1) scheint eine solche Sichtweise, die teils explizit auch den Verlust an politischer Debatte und inhaltlichen Diskussionen beklagt (Katz 1996: ebd.), an der Vorstellung einer politischen Öffentlichkeit orientiert, die eventuell immer schon eine eher elitäre Veranstaltung war. Man darf sich in diesem Zusammenhang die ehrliche Frage stellen, wie viel Interesse und damit Wissen die BürgerInnen ihrer Demokratie entgegenbringen müssen?

Darüber hinaus (2): selbst wenn man ein geschichtliches Experiment durchführen könnte, und weiterhin durch gezielt organisierte Kanalknappheit nur ein zentrales Medium als kommunikativen Integrationskanal einer Gesellschaft vorhielte: wer sagt uns, dass die Leute ein solches nicht mit Ignoranz und Abwendung strafen würden? Man darf hier schlicht nicht die Entwicklung der medialen Kanalvielfalt von den Präferenzen und Bedürfnissen des Publikums abkoppeln, und die inhaltliche Ausdifferenzierung der

Medienkommunikation allein exogenen – und meist dunklen – Mächten dubioser Provenienz zuschreiben.

Ein dritter Kritikpunkt betrifft den Umstand, dass (3) eine solche „ex post“-Hymne auf ein zentrales Medienprogramm wenig über die konkreten Inhalte und Standards der ehemaligen monopolistischen Rundfunksysteme zu sagen hat. War es nicht zuletzt auch ein Befreiungsschlag gegen eine scheinbare „Normalidentität“, die, medial vermittelt und alternativlos in die Haushalte geliefert, die auf Seiten der Rezipienten zur Nachfrage einer Vervielfältigung des Medienangebots geführt hat? Die Klärung der empirischen Frage, wer sich ernsthaft in die Medienlandschaft der 70er Jahre zurückwünscht, wäre in der Tat eine spannende Aufgabe.[5]

III. Öffentlichkeit und Institutionen

Aufgrund des Gesetzes von der Gleichzeitigkeit ungleichzeitiger gesellschaftlicher Prozesse gilt, dass wir es in modernen Gesellschaften mit beiden Formen der Öffentlichkeit – *betreuten*, wie *neuen*, zu tun haben. Wir wollen in der Folge begründen, warum der politische und ökonomische Stellenwert der betreuten Öffentlichkeit zunehmend durch den wachsenden Einfluss der neuen Öffentlichkeit abgelöst wird.

III.1 Die betreute Öffentlichkeit

Die betreute Öffentlichkeit wird als eine unmündige verstanden, weil sie eine weitgehend machtlose, unorganisierte, manipulierte, entfremdete, hilflose, unpolitische Masse zum Gegenstand hat. Die betreute Öffentlichkeit der Massengesellschaft ist kein homogenes Sozialgebilde – aber in allen öffentlichen Rollen manifestiert sich ihre Hilflosigkeit. Sie ist vor allem offen gegenüber ideologischen Manipulationen, wie sie von den Autoritäten in der Schule, im Beruf, beim Konsumverhalten, den Medienkonzernen oder der Politik betrieben werden.

Diese Eigenschaften der betreuten Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften lassen sich am besten durch einen Rückgriff auf die Gesellschaftsdiagnosen der ersten Jahrzehnte der Nachkriegszeit verdeutlichen, zumal sie auch eine Antwort auf die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit betreuter Öffentlichkeit bereithalten. Mit leidenschaftlicher Stimme sprach beispielsweise der amerikanische Soziologe C. Wright Mills (1956) – was dem Zeitgeist entsprach und vom Großteil seiner intellektuellen Zeitgenossen geteilt wurde – von der uneingeschränkten, lokalen wie nationalen, Herrschaft der Eliten. Diese waren in den großen gesellschaftlichen Institutionen zu finden, in der Wissenschaft, der Politik, im Staat, den Konzernen, dem Militärs und den Medien. Es gäbe eine Zentralisierung der Informationsmittel und -medien, die gesellschaftliche Macht in die Hände weniger spülte. Und diese Wenigen lösten einander an der Spitze nicht selten ab, wenn Politiker in die Wirtschaft, Wissenschaftler in die Politik, Manager in die Medien gingen. Das Resultat war eine Machtelite, der die Definitions- und Sanktionsmacht in schier allen gesellschaftlichen Belangen zukam.

Was blieb den von diesen Machtpositionen auf solche Art ausgeschlossenen Massen anderes übrig, als die umfassende Betreuung ihrer Lebenswelt als natürlich hinzunehmen? Mehr noch wurde sogar Konsens mit den herrschenden Verhältnissen konstatiert. Widerstand sei zwecklos und daher Folgsamkeit angesagt. Da die manifesten Interessen der betreuten Öffentlichkeit nicht ihre latenten Interessen waren, blieb eigentlich nur eine einzige Frage ungeklärt: Warum rebelliert die betreute Öffentlichkeit nicht?

Noch heute wird Mills' Diagnose, die sich nur wenig von der Charakterisierung einer autoritären Gesellschaft unterscheidet, von einflussreichen Intellektuellen wie Alan Wolfe als sehr viel zutreffender beschrieben, als jene der schon seinerzeit „objektiv“ oder quantitativ arbeitenden und Mills kritisch gegenüberstehenden Kollegen, die sich und ihre Mitbewohner eher als Bürger einer pluralistischen Gesellschaft verstanden. Wie dem auch sei, man mag die Gesellschaftsdiagnose von C. Wright Mills als

unzutreffend kritisieren, wie das zum Beispiel Robert Dahl (1961) getan hatte. Dennoch setzte sich in den Sozialwissenschaften der Eindruck durch, dass die Öffentlichkeit weitgehend passiv sei und die Herrschenden und die herrschenden Zustände nicht gefährde. Dafür stehen nicht zuletzt viele Vertreter des Neomarxismus ebenso wie Michel Foucault und Pierre Bourdieu. So viel wir von diesen Proponenten über so manch subtile Form der Machtausübung auch lernen konnten: ihr Ausblick auf die moderne Gesellschaft blieb zu düster. Vielmehr konnten wir den Aufstieg vieler neuer, teils sehr effektiver Öffentlichkeiten beobachten, die den dunklen Prophetien oft zuwiderliefen.

III.2 Die neue Öffentlichkeit

Welche sozialen Veränderungen sind für das Aufkommen und Wachsen der neuen Öffentlichkeit verantwortlich? Zwei Veränderungen, die relativ eng an den Status natürlicher Personen geknüpft sind, drängen sich geradezu auf, auch wenn das nicht heißt, dass der strukturelle Wandel, der die Eigenschaften und den Stellenwert korporativer Akteure durchzieht, unbedeutend wäre. Motor dieser neuen Öffentlichkeit sind zweifellos zwei historisch einmalige Entwicklungen: der Anstieg des *allgemeinen Wohlstands* und des *durchschnittlichen Wissensstands* der Bevölkerung in den westlichen Gesellschaften der Nachkriegszeit - mit der Folge eines Machtverlustes der großen gesellschaftlichen Institutionen. Aber Machtverlust wodurch?

Die neue Öffentlichkeit machte sich vor allem dadurch bemerkbar, dass sie allein qua Präsenz die Handlungsoptionen der Institutionen einschränkte. Deren Machtverlust machte sich vor allem in Form von *Nichtentscheiden* bemerkbar, was nichts anderes bedeutet, als dass die großen Institutionen zusehends unfähig sind, ihren Willen durchzusetzen. Diese Tatsache wurde zum ersten Mal im Vietnamkrieg sichtbar. Der Widerstand der neuen Öffentlichkeit, der neuen sozialen Bewegungen begrenzte die politischen Optionen der amerikanischen Regierung, nicht zuletzt die nukleare Option, und führte schließlich nicht nur zum Ende des Krieges, sondern auch zum Ende der Wehrpflicht in den USA (1972).

So macht sich die neue Öffentlichkeit vor allem durch ein Wachstum (neuer) sozialer Bewegungen - sei es lokal, national oder international - bemerkbar. Die neue Öffentlichkeit macht Anliegen zu gesellschaftlichen Themen und kann sich dabei auf die Selektionslogik der omnipräsenten Medien verlassen. Eine solche Konstellation übt schon qua Möglichkeit Druck auf die großen Institutionen aus. Die neue Öffentlichkeit erhöht so die Durchlässigkeit zwischen sozialen Institutionen: zivilgesellschaftliche Akteure werden zu ökonomischen und politischen Akteuren, wenn etwa organisierte Opfer von Gewalt die Anwendung von Gesetzen oder sogar die Gesetzgebung ändern, der Widerstand gegen Atomkraftwerke zum (langfristigen) Ende dieser Form der Energieerzeugung führt, oder die öffentliche Meinung kurzfristig mobilisiert und langfristig die Kultur einer Gesellschaft, die Lebens- und Denkweise ihrer Mitglieder, verändert wird.

Natürlich gibt es auch Konfliktlinien innerhalb der neuen Öffentlichkeit, genau so wie es Interessengegensätze in der betreuten Öffentlichkeit gab.[6] Die neue Öffentlichkeit ist politisch gespalten. Sie ist nicht unbedingt liberal oder konservativ. Und natürlich repräsentiert die neue Öffentlichkeit auch ein Problem für das Funktionieren der Demokratie und ihrer Institutionen (siehe dazu ausführlich Stehr 2001).

Dass, trotz aller Skepsis hinsichtlich *Politikverdrossenheit* und *cocooning* (so zwei der wichtigsten Schlagworte der demokratiethoretischen Debatte der letzten Jahre), die neue Öffentlichkeit - zumeist unerwartet, und unerwartet heftig - auf den Plan tritt, kann man gerade dieser Tage wieder beobachten. War man in den letzten Jahren vor allem skeptisch gegenüber jenen scheinbar unbedeutenden Spaßveranstaltungen auf Basis neuer Medien (Flash- und Carrotmobs, Facebook-Gruppen etc.), so erkennen wir heute eine neuerliche und deutliche Re-Politisierung sowie auch eine viel diskutierte Verbreiterung der Basis solcher aktiven Öffentlichkeiten. Anhand von Stuttgart 21, dem aufwändigsten Castor-Transport seit vielen Jahren („Wendland-Protest“) sowie der zunehmenden Professionalisierung der politischen Teilnahme mit den Mitteln der neuen Medien (avaaz.org, online giving marketplaces, etc.) wird eine bemerkenswerte Dynamik sichtbar. Auch die Niederlage des Hamburger Senats bei der Schulreform oder die bayerische Abstimmung zur Nichtraucher-Gesetzgebung sind Beispiele, für die Mächtigkeit individueller Akteure und kleiner Gruppe. Kaum zu unterschätzen ist dabei die politische Effektivität solcher zunächst oft belächelten Proteste. Die langfristige, systemwirksame Kraft der Besinnung auf gemeinwohlorientierte Fragen wird

nicht zuletzt am oben genannten Bahnprotest in Stuttgart deutlich. Es offenbart sich die Ohnmacht der vereinten politischen und ökonomischen Akteure, ein Prestigeprojekt auf Expertenebene durchzusetzen und schließlich mit der `Legitimität der repräsentativen Demokratie zu argumentieren.[7]

Möglich wird die neue Macht der Öffentlichkeit nicht nur über die heute schlichtweg einfacher zu gestaltende interne Kommunikation. Was ehemals Mitglieder- und ressourcenreiche Verbände zentral vorbereiteten, ist heute in ein oft dezentral organisiertes Netzwerk ausgelagert, von wo sich spontane Aktivitäten in einer übergreifenden Protestsolidarität organisieren lassen. Zumindest ebenso wichtig ist aber der Aufmerksamkeitshebel, denen sich oftmals ursprünglich marginale Gruppen im "Rahmen einer Mediengesellschaft bedienen können. Der ehemals spezialisierten Organisationen vorbehaltene Zugang zu öffentlich -medialer Aufmerksamkeit durch die Inszenierung spektakulärer Ereignisse (berühmt die mittlerweile klassischen Greenpeace Aktionen auf Kühltürmen oder auf hoher See) ist heute ebenfalls demokratisiert.

Das bedeutet nicht, dass jeder zu jedem Zeitpunkt mit seinen Themen Gehör findet; jedoch ist das Wissen um die Aufmerksamkeits- und Gestaltungslogik medialer Kommunikation in weite Bevölkerungskreise diffundiert. Professionelle journalistische Formate bieten auch solchen Individuen und Gruppen ein Sprachrohr, die in den früheren Zeiten der Kanalknappheit schlicht ungehört geblieben sind Und was die Massenmedien nicht beachten, findet über das Netz - den schier unüberschaubaren Vorhof der medialen Öffentlichkeit - seinen Weg.

IV. Fazit: Öffentlichkeit in der Wissens- und Mediengesellschaft

Wir wollen die besprochenen Entwicklungen abschließend kurz zusammenfassen. Es mag die hier besprochenen „neuen Öffentlichkeiten“, erstens, nur im Plural geben. Vieles spricht für die Flüchtigkeit, relative Unorganisiertheit und Themenzentriertheit neuer Öffentlichkeiten. Anders als bei der Klage über den Wegfall kommunikativer Zentren, richtet sich der Blick auf jene unkonventionellen und sporadischen Manifestationen von Öffentlichkeit, die sich den Möglichkeiten wie auch den Nachteilen heutiger Kanäle der Organisation und Expression von öffentlicher Rede perfekt angepasst haben. Die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Kommunikation erodieren (zumindest zurzeit) zusehends. Und auch die Nutzungsmuster des umfassenden Medienportfolios, welches den Bürgerinnen und Bürgern moderner, demokratischer Gesellschaften heute zur Verfügung steht, pluralisieren sich. So wirkt die neue Öffentlichkeit in einem reziproken Prozess an der Hervorbringung von, für ihre Zwecke und Notwendigkeiten angepassten, technologischen Neuheiten mit.

Zugleich, und zweitens, mögen wir es eventuell nicht so sehr mit einer Auflösung, sondern einer weiteren „Diversifizierung und Individualisierung von Öffentlichkeiten zu tun haben~ Im Sinne der prominent von Manuel Castells eingeführten Metapher des *Netzwerks* als zentrale Strukturierung sozialer Organisation heute, sammeln sich Bürgerinnen und Bürger um vielfältige thematische Diskurse und kommunikative Kanäle. Diese dienen ihnen, im Sinne eines sich erweiternden Medienportfolios, zur Information ebenso wie zur Mitteilung. So mögen manche geschichtlichen Kommunikationsflüsse heute zusehends ausgetrocknet erscheinen; dies aber vor allem deshalb, weil die Kommunikations- und damit die Mobilisierungs- und Protestströme schlicht mobiler geworden sind Was heute im Netz als einsames Posting beginnt, ist morgen der Quell nationaler Erregung - oder eben auch nicht. Die neuen Möglichkeiten mögen heute die Wahrscheinlichkeit vergrößern, sich bestimmten Themen überhaupt erst zuzuwenden, Themen, die - entgegen der Kritiker der Fragmentierung von Öffentlichkeit - in Zeiten der Kanalknappheit mangels konsentierten Interesses eher marginalisiert, oder gar nicht erst aufgegriffen worden wären Zugleich bieten die neuen Technologien die Möglichkeit, solche Informationen zu teilen, zu bearbeiten, zu ergänzen und sehr schnell an eine große Menge von Personen weiterzugeben (via E-Mail, mailing lists, SMS, oder, ganz / aktuell, „social tagging“, in sozialen Netzwerken wie Facebook oder auf eigenen Aktivisten-Websites wie

z.B. avaaz.org).

Spätestens seit der viel zitierten Initialzündung der Massenproteste beim WTO Summit in Seattle 1999 haben wir es heute oft mit einer semi-latenten Gegenöffentlichkeit (vgl. hierzu Dahlberg 2007) zu tun, deren Merkmal es sein mag, *Gemeinschaft in Heterogenität* zum Ausdruck zu bringen. Heute bedarf es, sofern man einen gemeinsamen Feind hat, nur eines Minimalkonsenses zur Integration als Gegenöffentlichkeit. Hier treffen regelmäßig weltanschaulich, scheint's, früher unvereinbare Gruppen aufeinander: konservativ-religiöse Verbände neben neomarxistischen Sozialbewegungen, radikale Tierschützer neben Bauernverbänden, regionale Bürgerinitiativen neben international tätigen NGOs.

Ein solcher Modus vernetzter Individualität verlangt förmlich nach kurzlebigen und oft zunächst idiosynkratischen Mustern der öffentlichen Rede. So ist die Frage, ob denn das Hinzutreten neuer, scheinbar individualisierter Kommunikationsmodi den Untergang der traditionellen, themensetzenden (Massen-)Medien bedeuten muss, vielleicht schlicht falsch gestellt. Vielmehr scheinen sie sich diese Kommunikationsformen gegenseitig zu befruchten. Und sie werden weiterhin neue Öffentlichkeit stiften und die alte weiterhin betreuen.

[1] Wie Habermas im Vorwort zur 18. Auflage seiner Studie 1990 selbst einräumt, hat er die vielfältigen Ursprünge und Arenen von Öffentlichkeit zur Zeit der ursprünglichen Abfassung zu wenig beachtet (1990: 15)

[2] Die Nettoreallöhne in Deutschland haben sich seit dem erstmaligen Erscheinen von Habermas Buch (1961) fast verdoppelt

[3] Diese – nicht zuletzt platzbedingte – Einschränkung sei uns mit dein Verweis erlaubt, dass wir uns den hier zu kurz kommenden Aspekten der größeren Diskussion von Technologie – Kommunikation und Demokratie an anderer Stelle ausführlich zugewandt haben (vgl. Adolf/Wallner 2005; Wallner/Adolf, 2011; Adolf 2006; Wallner 2010; Stehr 1986; Stehr 2000, Stehr 2003, Stehr). Drei Hinweise zur Relativierung einer allzu vereinfachenden Sicht seien hier erlaubt: (1) Der mittlerweile gut belegte Umstand, dass Kommunikation keinen linearen Wirkmechanismus konstituiert, sondern auch rezeptionsseitig große Freiheitsgrade aufweist (siehe Habermas' späteren Verweis auf Stuart Halls End/Decoding-Text, 1990: 31); (2) der Umstand, dass auch Diskurse außerhalb der Grenzen einer politischen Öffentlichkeit emanzipatorische, zumindest aber wissens- und einstellungsspezifische Wirkung entfalten – so z.B. die Öffentlichkeiten die sich an Unterhaltungsangebote anschließen (Klaus/Lünenborg 2002); sowie der damit eng verflochtene Umstand, dass sich der Begriff des Politischen einer rein vernunftbasierten Fassung entwunden hat und zwar in dem Maße, in dem ehemals (analytisch) getrennte Systemgrenzen durchlässig werden, wie beispielsweise jene zwischen der Rolle als Bürger und der als Konsument (Stehr 2007, Schudson 2007). Anders formuliert: wir finden Öffentlichkeit auch auf der Mikro- und Mesoebene sowie öffentlich relevante Diskurse auch im ökonomischen Feld (siehe etwa das Phänomen des „sozialen Unternehmertums“ in dem ehemals gesellschaftspolitische Probleme, die ehemals staatlichem Handeln zugeordnet waren nunmehr unternehmerisch bespielt werden).

[4] So krankt z. B. die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit nicht so sehr an der fehlenden Infrastruktur – dahingehend gab es bereits einige, mehr oder weniger vergebliche Versuche zur Etablierung von Foren (z.B. gescheiterte EU-Medienprojekte) –, sondern daran, dass diese Debatte von einer kleinen, elitären Minderheit geführt wird

[5] Aus Gründen der Vollständigkeit sei hier noch erwähnt, dass auch Sunsteins Thesen keineswegs unwidersprochen blieben, sondern teilweise empirisch widerlegt wurden (vgl. die lesenswerte Debatte in der Boston Review, 2001 <http://bostonreview.net/BR26.3/contents.html> }

[6] Zu den wichtigsten und bis dato kaum erforschten Konfliktlinien in der neuen Öffentlichkeit gehört der „clash of generations“, ein Konflikt der Generationen, wie man ihn bisher nicht gekannt hat. Dem liegt ein materieller Konflikt zugrunde, der in Zukunft den der Klassegegensätze oder den des Konflikts zwischen

den Geschlechtern oder der Kulturen in den Schatten stellen wird.

[7] Was dabei noch eher zu überraschen vermag, ist die tief sitzend anmutende Irritation der etablierten politischen Akteure gegenüber den plebiszitären Instrumenten der direkten Demokratie. Das Misstrauen gegenüber den Interessen der politischen Subjekte scheint gerade in Deutschland tief zu sitzen. Stuttgart kann aber auch als Paradebeispiel gelten, wie institutionelle Akteure hinsichtlich der Durchsetzung ihrer eigenen Rationalität *nicht* handeln sollten.

Literatur

Adolf, Marian (2006): Die unverstandene Kultur. Perspektiven einer kritischen Theorie der Mediengesellschaft. Bielefeld: Transcript.

Adolf, Marian/Wallner, Cornelia (2005): Probing the Public Sphere in Europe. Theoretical Problems, Problems of Theory and Prospects for further Communication Research. Proceedings of the First European Communication Conference. Online: http://www.univie.ac.at/Publizistik/Europaprojekt/datei/pub/ECC_Adolf-Wallner-Vienna.pdf

Bell, Daniel (1967). Notes on the post-industrial society. *The Public Interest*, 7, S. 102-118.

Böhme, Gernot/Stehr, Nico (1986): *The Knowledge Society*. Borel: D. Reidel

Dahl, Robert A. (1961): *Who Governs? Democracy and Power in an American City*. New Haven: Yale University.

Dahlberg, Lincoln (2007). Rethinking the fragmentation of the cyberpublic: from consensus to contestation. *New Media & Society*, 9(5), S. 827-847.

Dayan, Daniel/Katz, Elihu (1992): *Media events: the live broadcasting of history*. Cambridge: Harvard University Press.

DiMaggio, Paul et al. (2001): Social Implications of the Internet. *Annual Review of Sociology*, 27, S. 307-336.

Habermas, Jürgen (1990 [1962]): *Der Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hall, Stuart (1980): Encoding/decoding. In: *Culture, Media, Language*. Herausgegeben von Stuart Hall et al., New York: Routledge, 1980. S. 128-138

Hasebrink, Uwe/Domeyer, Hanna (2010): Zum Wandel von Informationsrepertoires in konvergierenden Medienumgebungen. In: Hartmann, Maren/Hepp, Andreas (Hrsg.): *Die Mediatisierung der Alltagswelt*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-63.

Jenkins, Henry (2004). The Cultural Logic of Media Convergence. *International Journal of Cultural Studies*, 7(1), S. 33-43.

Katz, Elihu (1996). And Deliver us from Segmentation. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 546, S. 22-33.

Klaus, Elisabeth/Lünenborg, Margreth (2002): *Journalismus: Fakten, die unterhalten - Fiktionen, die*

Wirklichkeit schaffen. In: Baum, Achim/ Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): Fakten und Fiktionen. Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten. Konstanz: UVK, S. 152-164.

Mills, C. Wright (1956): *The Power Elite*. Oxford: Oxford University Press.

Schudson, Michael (2007). Citizens, Consumers, and the Good Society. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 611(1), S. 236-249.

Stehr, Nico (1994). *Knowledge Societies*. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.

Stehr, Nico (2000): *Die Zerbrechlichkeit der modernen Gesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.

Stehr, Nico (2001). *Moderne Wissensgesellschaften*. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, 36, S. 7-14.

Stehr, Nico (2003): *Wissenspolitik*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Stehr, Nico (2007). *Die Moralisierung der Märkte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Sunstein, Cass (2001): *The Daily We*. *Boston Review*, 26(3), S. 1-13.

Sunstein, Cass (2007): *Republic.com 2.0*. Princeton: Princeton University Press.

Wallner, Cornelia (2010): *Kommunikationswissenschaftliche Europaforschung braucht Ausweitung. Mediale Unterhaltung als Bestandteil europäischer Öffentlichkeit*, in: Pöttker, Horst/Schwarzenegger, Christian (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und Journalistische Verantwortung*, Köln, Herbert von Halem, 2010: 76-91.

Wallner, Cornelia/Adolf Marian (2011): *Zur Erklärungskraft von Öffentlichkeitstheorien für Kommunikationsinnovationen. Eine Metastudie zu klassischen Öffentlichkeitstheorien*.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/192-vorgaenge/publikation/die-macht-der-neuen-oeffentlichkeit/>

Abgerufen am: 23.02.2024